

Der 17. Juni

Die spontane Erhebung der deutschen Arbeiterklasse der russischen Zone hat mehrere Kommentatoren an den verzweifelten Aufstand der Kronstädter Matrosen von 1921 gegen die Folgen der *Leninschen Konterrevolution* erinnert. Wie lange wurden nicht alle Aufstände der gepeinigten Arbeiter und Bauern Rußlands gegen den Bolschewismus als reaktionäre Umtriebe, als Klassenkämpfe gegen den Sozialismus ziemlich allgemein diskreditiert. Heute, wo die deutschen Arbeiter und die Massen in den anderen Satellitenstaaten Europas Gelegenheit haben, den Bolschewismus am eigenen Leib zu erfahren, ergibt sich ganz von selbst eine Revision der Geschichtsfälschungen, die bisher kritiklos resorbiert worden sind. *François Fetjô* erinnert in der *Revue Socialiste* (69) an die Folgen des Matrosenaufstandes. Er zwang Lenin zur NEP-Politik, das heißt zu Konzessionen an die natürlichsten Konsumbedürfnisse der Massen, die der bolschewistische Staat damals noch nicht befriedigen konnte. Die Parole der Kronstädter war: Sowjets ohne Bolschewismus. Die Politik Lenins war: Bolschewiki ohne Sowjets. Die bolschewistische Partei hat sich durchgesetzt, der Sowjet ist ein leeres Wort geworden, dem seit 1920 keine politische Wirklichkeit mehr entspricht.

Als Eigentümlichkeit der ostdeutschen Revolte bezeichnet Fetjô das umgekehrte Verhältnis von Aufstand und Wirkung. In Rußland erzwang der Aufstand die Politik ökonomischer Konzessionen; in Ostdeutschland lösten geringfügige Konzessionen, die der Bolschewismus nach dem Tode Stalins einzuführen versuchte, den Aufstand aus. Gewiß war die Erhöhung der Arbeitsnormen das Signal zum Aufstand; aber die erhöhte Ausbeutung entsprach nicht mehr der Politik der Konzessionen, und so wurde diese der Ausgangspunkt, um jene unter dem Druck der Straße zu beseitigen. Eine Politik der Schwäche und eine Politik der Stärke lassen sich nicht im gleichen Augenblick vereinen. Zudem kam in den Ostberliner Arbeitern auch ein echtes Gefühl der Überlegenheit den Russen gegenüber zum Ausdruck. Ganz richtig macht Fetjô auf den Widerspruch aufmerksam, daß ein ökonomisch zurückgebliebenes Land das ökonomisch höher entwickelte kolonisiert. Die Bolschewisten rühmen die Mau Mau, die die britische Kolonialherrschaft abschütteln wollen. Warum sollten ähnliche Affekte den ostdeutschen Arbeitern fremd sein?

Daß auch eine *nationale Empörung* in dem offenen oder unterirdischen Widerstand der

kolonisierten Völker gegen den russischen Imperialismus grollt, heben andere Kommentatoren hervor, bewerten sie aber verschieden. In Moskau selbst wird mit ihr gerechnet, daher die ewigen Klagen und Anklagen gegen nationalistische „Abweichungen“, die man der Ukraine, Bulgarien, Jugoslawien, den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei zum Vorwurf macht. Nationalismus ist nur linientreu, wenn er großrussisch ist. *Albert Beguin* anerkennt im *Esprit* (8) den vollkommen spontanen Charakter der Erhebung, die sowohl einen sozialen wie einen nationalen Antrieb gehabt habe. Die Russen hätten den Deutschen seit 1945 gar zu taktlos die Untaten in den besetzten Gebieten vorgehalten, Deutschland wurde nur in Gestalt seiner Henker und Mörder dargestellt, man spielte jahrelang auf den Berliner Bühnen Theaterstücke zum Ruhm der tschechischen, polnischen, ukrainischen Widerstandsbewegung, das Publikum habe noch 1952 diese Stücke, wie Beguin selbst beobachten konnte, schweigend aber erbittert hingenommen. Hier müßte nun Beguin hinzufügen, daß die Ähnlichkeit zwischen dem roten und dem braunen Terrorismus diese „antifaschistische“ Propaganda entwertet und die Ähnlichkeit beider Systeme, die in Lenin ihren gemeinsamen Ursprung haben, es unmöglich macht, daß das eine das andere widerlegt. Beguin hörte von führenden deutschen Bolschewisten Worte der Erbitterung über die Einführung von Lehrbüchern im deutschen Unterricht, die einfach aus dem Russischen übersetzt wurden: — aber wie können sich Bolschewisten dagegen empören, wenn sie gleichzeitig Stalin als Lehrer der Menschheit akzeptieren? Daß die russische Besetzung den deutschen Nationalismus steigert, ist unvermeidlich. Beguin ist aber weit davon entfernt, zu verstehen, daß sie den Sozialismus kompromittiert.

In den *Schweizer Monatsheften* (5) läßt der frühere deutsche Botschafter *Herbert von Dirksen* das nationale Moment durchaus gelten. Er sieht es aber nicht als Rückfall in den Nazismus an, denn schwarzrotgoldene Fahnen wurden den Zügen vorangetragen. Das nationalistische Element hat keine entscheidende Rolle gespielt, sonst würde wohl *Dr. Hugo Kramer* in den *Neuen Wegen* (7 bis 8), der Monatsschrift der Religiös-Sozialen in der Schweiz, nicht versäumt haben, es anzuprangern. Kramer vertritt als Sprecher eines engen Kreises mit persönlich anerkennenswerter Entschiedenheit, etwas, was ich als kritischen Bolschewismus bezeichnen möchte. So redet denn auch Kramer mit rührender Blindheit den russischen Machthabern zu, ihr Regime zu demokratisieren, ein Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Staatsführung in der Ostzone zu schaffen, da „die Entfremdung zwischen Volk und Regime das in einem Diktaturstaat normale Maß überschritten“ habe.

Daß Kramer eine solche Entfremdung *normal* findet, sollte er in der russischen Zone, der er viel Positives nachrühmt, zu veröffentlichen versuchen! Kramer anerkennt „die materielle und seelische Not eines großen Teils der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft“ als „die entscheidende Ursache und Veranlassung der Erhebung“. Aber an dieser Not habe doch eben der Westen „ein Stück Mitschuld“. Welche? Eben die, die Grotewohl dem Westen gegeben hat. Dieser kritische Bolschewismus ist also gar zu kritiklos. Unkritisch ist es auch, die amerikanische Gegenpropaganda zu beschuldigen, die Hand im Spiel gehabt zu haben. Ich glaube nicht, daß sie selbst bestreitet, nachgeholfen zu haben; aber wie könnte sich ein kritischer Bolschewist darüber beschweren, der die Unterminierung der Welt durch bolschewistische Propaganda natürlich findet und ihre Erfolge rühmt. Erstaunlich ist nur, daß es mehr als 30 Jahre brauchte, bis die bolschewistische Aggression auf eine Gegenkraft gestoßen ist. Kramer sieht keine andere Möglichkeit der Koexistenz und der Erhaltung des Friedens, als die völlige Entwaffnung und Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Wenn Stalin seine Lehre vom Sozialismus in einem Lande — gemeint ist: in einem Imperium — konsequent verfolgt hätte, hätten die Weltspannungen nicht zum kalten Krieg geführt. Ein starkes Rußland wäre nur dann keine Gefahr für die Welt, wenn es ein sehr starkes Europa und ein unabhängiges China zu Nachbarn hätte.

Der französische Streik

Der Streik der Eisenbahner, der Post- und Staatsbeamten verschiedener Kategorien, hat der französischen Wirtschaft schwere Verluste verursacht, aber auch die Streikenden geschädigt, da die Streiktage nicht bezahlt worden sind. Da ich den größeren Teil der Streikperiode in Paris verbrachte, wo das Leben ohne billige Verkehrsmittel für Millionen qualvoll war, kann ich aus eigenen, gewiß beschränkten Erfahrungen bestätigen, daß die Hauptbetroffenen, die sogenannten kleinen Leute, Arbeiter und Angestellte, mit den Streikenden sympathisierten, da die große Mehrheit der Lohnempfänger unterbezahlt wird. Auch der Kampf um die Pensionierungsrechte wurde im Ausland nicht recht begriffen, da die betroffenen Kategorien nicht mit 58 oder 60 Jahren Rentner werden, sondern durch Bezug der Pension ihr Einkommen bei Annahme einer neuen Stellung erhöhen wollen. Das ist wahrscheinlich die Regel. Ich selbst lernte einen Staatsbeamten kennen, der von einem Zweig der Verwaltung seine Pension erhält und in einem anderen Zweig neu eingestellt wurde. Zeigte aber die stille und dul-

dende Sympathie der Bevölkerung, wie komplex das Problem ist, so sehen doch mit Recht objektive Beobachter, wie *Thierry Maulnier* in *Hommes et Mondes* (86) gerade in der Apathie hingenommener Leiden und in der ohnmächtigen Empörung der betroffenen Produktionsschichten (Fremdenverkehr, Export- und Lebensmittelindustrie) ein Symptom der Staatskrise, die immer offenkundiger als Folge einer verfehlten Verfassung zum Vorschein kommt, aber nicht etwa durch sie allein verschuldet wird. Die Revision der französischen Verfassung wird seit geraumer Zeit gefordert — nicht bloß vom General de Gaulle — und die Nationalversammlung hat Ausschüsse eingesetzt, die den Mechanismus der Verfassung reparieren sollen. Der Streik hat inzwischen bewiesen, daß die Autorität des Parlaments in den Ferien von der Macht der Gewerkschaften überspielt werden kann, da der von ihnen veranlagte oder zugelassene Streik sich über die absolute Macht des Parlaments hinwegsetzt. In einem Artikel „*Ist das Volk souverän?*“ beweist *Louis Rougier* in der *Revue de Paris* (9), daß die Konstitution zur Fiktion geworden ist, weil sie nicht über dem Parlament steht, sondern von ihm mißbraucht oder durchlöchert wird. Weder die Konstitution noch das Volk schränken den Absolutismus des Parlamentes ein, das gar nicht anders kann als seine Macht mißbrauchen. Aber die Streiks bewiesen von neuem, wie die Redaktion der *Revue de Paris* in einer Schlußbemerkung hinzufügt, daß das Parlament zwar von keiner gesetzlichen Vorschrift begrenzt, aber von der Macht der großen Verbände vernichtet oder überspielt werden kann. Das Parlament kann zwar alles allein bestimmen, nur die Abfahrt der Eisenbahnzüge nicht. Das Parlament setzt sich über die Bürgerrechte hinweg, aber die gleiche Macht steht auf anderen Domänen den Gewerkschaften zu. Daß sie (mit dem großen Streik) keine politischen Ziele verfolgte, wird von *Thierry Maulnier* anerkannt; Ausgang des Streiks war die reelle Unzufriedenheit und der niedrige Stand der Löhne; so macht Maulnier die Unternehmer und den Staat für den Streik verantwortlich. Aber ein Streik von diesem Umfang ist außerdem ein Politikum, an dem das Parlament sich der Grenzen seiner Macht bewußt wird. Der Streik stellt an sich die Demokratie nicht in Frage; er beweist nur, daß der modernen Demokratie die Organe fehlen, die eigentlichen Kräfte des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu repräsentieren.

Krise der Demokratie

Auch der Liberalismus verkennt nicht mehr das Mißverhältnis zwischen Aufgaben und Struktur des Parlamentarismus. So veröffent-

licht *Salvador de Madariaga* im *Monat* (53) einen kleinen Artikel gegen die mechanische Übertragung des üblichen liberalen Zweikammer-Systems auf das Föderationsgebiet der sechs Schumanplan-Länder, der gründlichen Überlegung wert ist. Madariaga behauptet, daß das parlamentarische System nur in Großbritannien, vielleicht noch in Skandinavien befriedigend funktioniert habe, während die Schweiz ein System sui generis entwickelt habe, was übrigens auch in der Schweiz Gespräche über Verfassungskrisen nicht verhindert hat. Madariaga läßt nur Luxemburg als parlamentarisches Musterland gelten, dessen Kleinheit Krisenerfahrungen ausschließt. Er will keineswegs das Grundprinzip in Frage stellen, nämlich eine Regierung, der der Zustimmung der Regierten bedarf. Er wendet sich gegen den rein numerischen Charakter des Parlamentarismus, gegen die Methoden bei der Ansetzung und Durchführung der Neuwahlen, gegen die Vorstellung, daß eine Nation die Summe ihrer Einwohner sei. Er stellt fest: Eine Nation ist ein organisches Gebilde von Institutionen. Bevor die europäischen Staaten nicht zu dieser Einsicht gelangen. ..., daß ihre Parlamente ein Abbild ihrer Institutionen und nicht des gestaltlosen Sandhaufens ihrer Individuen sein sollen, werden sie nie und nimmer gut regiert sein.

Man kann jedes Wort unterschreiben, freilich mit dem Vorbehalt, daß Madariaga seiner Kritik positive Vorschläge nachzuliefern habe. Dies ist bisher nicht geschehen. Man hat vielmehr den Eindruck, daß der Beitrag von Madariaga polemisch gegen den Aufsatz *Parteienstaat — oder was sonst?* von Prof. Wilhelm Grewe gerichtet war, der im *Monat* (36) den parlamentarischen Parteienstaat verteidigte, Vorschläge zur Ersetzung des Parteienstaates prüfte, ohne offenbar die grundlegenden Arbeiten und die positiven Vorschläge zur Bildung einer *Kammer der Arbeit* als des zweiten Parlaments (neben dem rein numerischen) zu kennen. Die von der Redaktion des *Monat* angekündigte „Erörterung vor der breitesten Öffentlichkeit, in der noch nie so viel Unmut gegen die politischen Parteien zugleich mit einer solchen Ratlosigkeit über einen möglichen Ersatz geherrscht hat“, fand leider nicht statt, obwohl dem *Monat* gerade hier eine große Aufgabe gestellt war, deren Diskussion freilich keine konventionellen Vorurteile verträgt. Alle Probleme der *Massenkultur*, der *Elitenbildung*, der *Verschmelzung* von *Demokratie* und *Ökonomie* hängen mit ihr aufs engste zusammen, auch das der *Vereinten Nationen*, wo das nackte numerische Prinzip unlösbare Schwierigkeiten schafft.

Aber auch die Vermassung der Menschheit fordert eine Revision des konstitutionellen

Denkens. Das zwiefache Wesen der Massenkultur hat *Dwight Macdonald* in einer glänzenden Studie in der von der UNESCO patronisierten Zeitschrift für humanistische Wissenschaften *Diogene* (3) fesselnd behandelt. (Die Zeitschrift erscheint auch deutsch, doch mit unvermeidlicher Verspätung um jeweils ein paar Monate unter dem Titel *Diogenes*.) Die amerikanische Massenkultur datiert Macdonald mit dem Bürgerkrieg, der die alte Kultur zerstörte und die Industrialisierung der Vereinigten Staaten vorbereitet hat. Der New Deal akzentuierte die Entwicklung der Massenkultur, während ein neuer amerikanischer Individualismus zwischen 1920 und 1930 neue geistige Schaffenskräfte entfesselte, die aber die Standardisierung der Massenkultur nicht verhindern konnten. Sehr interessant zeigt der Verfasser, wie es den verbreitetsten Magazinen Amerikas gelungen ist, einen Pseudoindividualismus mit Massenkitsch zu vereinen und auf diese Weise sozusagen in jedes amerikanische Haus bei reich und arm, in die Küche und in Bibliotheken einzudringen, eine kulturelle Einheit vorzutäuschen, die fiktiv ist. So wird eine kollektive Monstrosität gebildet, die den Menschen nach unten hin nivelliert.

Rettung erwartet Macdonald allein von einer neuen Elitenformation, das heißt mit anderen Worten von einer Loslösung der Demokratie von rein numerischen Prinzipien. Wir kommen da scheinbar von einer ganz anderen Seite her zum selben politischen und ökonomischen Problem zurück. Spaltet sich das Volk in eine standardisierte, urteilslose Masse, von der sich eine Oligarchie autonomer Eliten distanziiert, so wird die Demokratie zur Farce.

Dieses Problem ist zu kompliziert, um hier auch nur thematisch umrissen zu werden. Aber von vielen Seiten versucht man heute die Diskrepanz zwischen formal-numerischer Demokratie und nivellierter Masse denkend zu überwinden. Beiträge darüber findet man in der belgischen Zeitschrift *Synthese* (86) und in der Stuttgarter Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur, *Universitas* (7). Dort wendet sich der Züricher Universitätslehrer Prof. Dr. Werner Kägi mit schweizerischem Sinn für die Würde der Demokratie gegen den Überlegenheitsdünkel einer „Elite“, die ihren Rang durch Verachtung der Masse beweisen will; aber Kägi kennt auch die Gefahren der Egalität, die den Despotismus vorbereitet; denn da eine Herrschaft von lauter absolut „Gleichen“ nicht möglich ist, erhebt sich einer über alle. Einer wird zuletzt Despot. Daß die Demokratie in einer Krise steht, beweist ihr Bedürfnis, den neuen Weltverhältnissen gerecht zu werden. Nicht weniger, sondern mehr und echtere Freiheit ist das Ziel aller dieser Untersuchungen, die den Schluß erlauben, daß das Zeitalter des formal-liberalen Parlamentarismus abgelaufen

Anglo-Iranian

Der Umsturz in Persien gibt einem Korrespondenten des *Twentieth Century* (918) Anlaß, den Zusammenstoß zwischen West und Ost aus dem undefinierbaren, sich nicht einmal berührbaren Gegensatz zweier Welten zu erklären, die auf so verschiedenen Ausgangspunkten ihre Kontroverse führen, daß Worte jeden Sinn verloren haben. Der Verfasser hat ein feines Verständnis für die Geistigkeit des Ostens und wirft einer neuen englischen Publikation über das geistige Erbe Persiens dieses Aneinander-Vorüberreden vor. Dahinter steht der ewige Hochmut des Westens gegenüber dem Osten, verewigt in dem Wort „Die Kannibalen beginnen bei Calais“, das der Verfasser in dieser mir neuen Form zitiert.

Immerhin sind die Geschäfte nicht schlecht, die England mit Persien gemacht hat. Fragte sich noch niemand, wann die *Anglo-Iranian* nach dem Verlust ihrer persischen Anlagen Konkurs anmelden wird? In der *Tribune* (21. August) bespricht *Michael Foot* die „Konkurs“-Bilanz der *Anglo-Iranian*. Ihre Aktiven in Persien betragen 300 Millionen Pfund. Sie hat sie nicht nur restlos, sondern, o Wunder, sogar schmerzlos verloren. Die Dividende für 1952 beträgt 30 (dreißig) vH. Außerdem wird für jede 1-Pfund-Aktie ein Bonus von 1 Schilling ausgeworfen. In 40 Jahren zahlte die *Anglo-Iranian* einer kleinen persischen Besitzerschicht etwas über 100 Millionen Pfund aus. Das war der Betrag, den die *Anglo-Iranian* allein 1940 verdiente. Dürfen Staatskrisen entstehen, mit unberechenbaren Folgen, um solche Profite aufrechtzuerhalten?

Kurze Chronik

Unter dem Präsidium von *Léon Jouhaux* geben französische Sozialisten, Liberale und Gewerkschafter eine Monatszeitschrift *Démocratie combattante* heraus. Man findet in den ersten fünf Heften außer Beiträgen der bekanntesten politischen Persönlichkeiten auch Interviews, die über das Alltägliche hinaus wesentliche Fakten bekanntgeben oder analysieren. Wir werden auf interessante Artikel noch zurückkommen.

Die Diskussion des ethischen und religiösen Sozialismus, die im *neuen bund* vor drei Monaten geführt wurde, wird im Heft 7 der Zürcher Zeitschrift fortgesetzt. Es kommen zunächst noch wenig geschulte junge Leute zu Wort. Ihre Äußerungen haben symptomatische Bedeutung. Eindrücke aus einem gewerkschaftlichen Sommerkurs in einer deutschen Eisenhütte führen zu einer Kritik am Mißbrauch des Mitbestimmungsrechtes.

FELIX STÖSSINGER